SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

12. Februar 2019

Vernehmlassung zum indirekten Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu dieser Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 130'000 Frauen in der Schweiz. Wir setzen uns für die Verbesserung der Situation der Frauen in Kirche, Staat und Gesellschaft ein. Grundlegende Beurteilungsmassstäbe sind für uns die Würde der Frau, die soziale Verantwortung und der gesellschaftliche Zusammenhalt ganz im Sinne unseres Leitbildes „für eine gerechte Zukunft".

1. Grundsätzliches

Der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF spricht sich klar für die geforderten vier Wochen der Initiative „Vaterschaftsurlaub jetzt!" aus und lehnt den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates ab. Grund dafür ist unser Fokus auf eine gerechtere Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern. Studien zeigen, dass flexible und längere Elternzeiten zu einer gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit führen. Daher sehen wir die vier Wochen der Initiative als Mindeststandard an, welchen wir nicht unterlaufen wollen.

Zurzeit gilt in der Schweiz, dass Frauen gesetzlich verankert ein Anrecht auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub haben und Männer auf eins bis zwei Tage, wobei einige Unternehmen längere Vaterschaftsurlaube von vier Tagen bis vier Wochen vorsehen. In Erfüllung

des Postulats Fetz (11.3492) wurden 2013 acht verschiedene Modelle für einen Vaterschafts- bzw. einen Elternurlaub vorgestellt. Wir vom SKF bevorzugen das Modell 7, wonach ein Elternurlaub von 24 Wochen nach Ablauf der 14 Wochen Mutterschaftsurlaub vorgesehen ist. Dies deckt sich mit der Forderung der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF von 2018.[1] Die EKFF setzt sich für 38 Wochen Elternzeit ein, wovon 14 Wochen für die Mutter reserviert sind als Ersatz des heutigen Mutterschaftsurlaubs und acht Wochen für den Vater. Eine Studie aus Deutschland zeigte, dass der Bezug von acht Wochen Elternzeit durch die Väter die Vater-Kind-Beziehung längerfristig stärkt.[1] Maximal zwei Wochen können von beiden Elternteilen gleichzeitig bezogen werden. Die Mutter kann zudem bereits vor der Geburt bis zu zwei Wochen beziehen. Die restlichen 16 Wochen können zwischen den Elternteilen frei aufgeteilt werden.

Auch die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF fordert in ihrem Positionspapier von 2016 eine 24-wöchige Elternzeit zusätzlich zum Mutterschaftsurlaub.[2] Als Mindeststandard tragen wir die Initiative „Vaterschaftsurlaub jetzt!“ als Passivmitglied mit, wollen dabei jedoch keinesfalls kürzere Vaterschaftsurlaube in Kauf nehmen.

2. Ziel des Vaterschaftsurlaubs

Eltern brauchen Zeit, um sich in der neuen Rolle der Betreuung des ersten Kindes oder der neuen Familienkonstellation zu finden. Ein Elternurlaub ermöglicht beiden Elternteilen, sich in der neuen Rolle zu finden und eigene Lebensentwürfe zu erarbeiten. So werden Entscheide aufgrund eigener Erfahrungen und Wünschen gefällt und nicht nur zur Erfüllung vorherrschender Rollenstereotype aufgrund des Geschlechts. Viele junge Menschen wünschen sich alternative Rollen zum klassischen Ernährer- bzw. Hausfrauendasein und sind für eine gerechtere Aufteilung der Betreuungs-, Haus- und Erwerbsarbeit. Durch eine gerechtere Aufteilung gewinnen alle: Die Kinder durch mehr aktive Bezugspersonen, die Väter durch gelebte Beziehungen zu ihren Kindern und die Mütter durch die Reduktion der Mehrfachbelastungen. Denn die aktuellen Daten des Bundesamts für Statistik zeigen, dass bereits bei kinderlosen verschiedengeschlechtlichen Paaren mit gleichen Pensen an bezahlter Arbeit die Frau den grösseren Teil der unbezahlten Arbeit erledigt.[3] Und Diskussionen zur „mental load“, also der Alltagsplanung in Haushalten mit Kindern zeigen, dass auch diese Arbeit mehrheitlich von Frauen geleistet wird.

Zum Durchbrechen von Stereotypen reicht es nicht, wenn Männer ein paar zusätzliche Tage frei nehmen können, um die Frau zu unterstützen. Dafür benötigt es Zeitspannen, wo auch Väter und nicht nur Mütter ihre neue Rolle alleine mit den Kindern und dem Haushalt erlernen können. So kann nach Ablauf dieser Zeitspanne über eine gerechte Verteilung der Care-Arbeit diskutiert werden, da beide Elternteile eine Kindsbeziehung aufbauen konnten und wissen, welche Arbeiten die Betreuungs- und Hausarbeit beinhaltet.

[1] EKFF, Elternzeit – Schweiz ist Europas Schlusslicht (20.08.2018): https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/publikationen-und-service/medieninformationen/nsb-anzeigeseite.msg-id-71869.html#downloads
[2] EKF, Für einen 24-wöchigen Elternurlaub: Die EKF fordert eine bezahlte Elternzeit für Mütter und Väter (21.04.2016): https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-61440.html
[3] Bundesamt für Statistik, Haus- und Familienarbeit (2016): https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit/haus-familienarbeit.html

Die Umsetzungen in Europa haben gezeigt, dass vor allem eine Elternzeit dazu dient, Rollenstereotype zu durchbrechen, da nach Abzug der Zeit für die Erholung der Geburtsstrapazen keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern vorgegeben werden.

3. Finanzierbarkeit

Berechnungen zeigen, dass sich die Kosten eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs auf 448 Mio. CHF pro Jahr belaufen würden und der indirekte Gegenentwurf von zwei Wochen auf 224 Mio. CHF pro Jahr. Die Kosten der vier Wochen der Volksinitiative würden zu einer Erhöhung des Erwerbsersatzordnungs(EO)-Beitragssatzes um 0.11 Lohnprozente führen. Aufgrund des Mutterschaftsurlaubs wurde eine Erhöhung von 0.3 auf 0.5 Lohnprozente angekündigt, welche vom Bundesrat bisher noch nicht vollständig ausgeschöpft wurde. Heute liegt der EO-Beitragssatz bei 0.45 Lohnprozenten. Durch eine Erhöhung auf 0.5 Lohnprozente könnte bereits einen Teil eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs bezahlt werden.

Der Vorschlag der EKFF von 38 Wochen Elternzeit benötigt etwa einer Milliarde pro Jahr. Wie die EKFF in ihrem Argumentarium ausführt [4], würde eine Elternzeit zu einer erhöhten Erwerbstätigkeit von Frauen führen. Bei Frauen zwischen 25 bis 34 Jahren liegt die Erwerbsquote bei einer bezahlten Auszeit von 28 Wochen am höchsten.[4] Schon eine einprozentige Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen würde genügen, um über Steuereinnahmen die Kosten für eine zu 100% entschädigte Elternzeit von 18 bis 20 Wochen zu decken.

4. Vorteile für die Unternehmen

Die Unternehmen profitieren bei einer längeren Elternzeit von einer geringeren Mitarbeitenden-Fluktuation, einer grösseren Produktivität sowie einer verbesserten Arbeitsmoral und daher einem höheren Umsatz. Zudem wird die Gerechtigkeit zwischen den Unternehmen erhöht, da die solidarische Finanzierung über das EO-Gesetz die Unternehmen entlastet, welche bereits heute ihren Mitarbeitern mehr als 2 Tage Vaterschaftsurlaub ermöglichen.

Zurzeit werden Unternehmen benachteiligt, welche viele junge Frauen anstellen, da das Risiko für Erwerbsausfall durch den Mutterschaftsurlaub höher ist. Durch einen Vaterschaftsurlaub kann diese Benachteiligung reduziert werden.

5. Gleichgeschlechtliche Paare

Wir beantragen eine Verlängerung des Anspruches auf Vaterschaftsurlaub von sechs Monaten auf ein Jahr, wenn es laufende Abklärungen des Kindsverhältnissen gibt. So hätten auch gleichgeschlechtliche Paare eine höhere Chance auf eine erwerbsfreie Zeit nach Geburt des gemeinsamen Kindes. Dies, da das Paar nach Geburt des Kindes ein Jahr Zeit hätte, um eine Stiefkindadoption durchzuführen.

---

[4] EKFF, Elternzeit —weil sie sich lohnt! Wissenschaftlich fundierte Argumente und Empfehlungen (2018): https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/53290.pdf

Aufgrund der oben ausgeführten Gründe sprechen wir uns gegen den indirekten Gegenvorschlag zur Vaterschaftsinitiative aus. Der Verbandsvorstand des SKF dankt Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Simone Curau-Aepli
Präsidentin SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund